

# Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Nr. 12/2016

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Donnerstag, den 06.10.2016  
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

---

## Anwesend sind:

### **vom Gremium:**

Erster Bürgermeister Jürgen Karle	(Vorsitzender)
Roland Brönnner	
Christian Kohlhepp	
Joachim Lutz	
Stefan Schottdorf	
Herbert Aul	
Frank Diemer	
Sebastian Fella	
Lothar Haas	
Markus Kurz	
Hubert Roth	
Gabriel Vogt	
Michael Zeller	

### **entschuldigt:**

Astrid Mützel	(Urlaub)
Marcus Scholz	(beruflich)

### **Von der Verwaltung anwesend:**

Daniel Görke	(Schriftführer)
--------------	-----------------

### **Referenten:**

Thomas Ruser	Architekt zu TOP 2
--------------	--------------------

---

Zu Beginn der Sitzung stellt der erste Bürgermeister fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

## **1. Genehmigung des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 15.09.2016**

---

Das Sitzungsprotokoll wurde dem Gemeinderat vorab zur Kenntnis gegeben.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Inhalt des Sitzungsprotokolls vom 15.09.2016 und genehmigt dieses vollinhaltlich und vorbehaltlos.

**Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen**

**einstimmig beschlossen**

## 2. Sanierung der Grundschule in Dittlofsroda im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms; Erläuterung der angedachten Baumaßnahmen zwecks Förderantragsstellung

---

Der Förderantrag für die energetische Sanierung der Grundschule muss bis November bei der Regierung von Unterfranken eingereicht werden. Hierzu müssen die Baumaßnahmen konkretisiert werden.

Der beauftragte Architekt Thomas Ruser stellt dem Gemeinderat die angedachten Maßnahmen vor, um den Sanierungsumfang und die damit verbundenen Kosten mit dem Gremium abzustimmen.

Entgegen den ersten Vermutungen ist ein Austausch sämtlicher Fenster wohl nicht notwendig. Hierüber würde jedoch eine Energieeffizienzberatung durch die Energieagentur Unterfranken mehr Aufschluss geben weshalb eine entsprechende Beauftragung von Herrn Ruser vorgeschlagen wird. Ein entsprechendes Kostenangebot wird vorgelegt, mit dem Hinweis, dass 80 % der Kosten über das sog. Bafa-Förderprogramm bezuschusst werden. Die Restkosten können im KIP-Förderprogramm angesetzt werden.

Außerdem empfiehlt Herr Ruser die Beauftragung des Büros Hüfner Consult als Fachplaner für Heizung-, Sanitär-, und Elektrotechnik.

Der Baubeginn ist für die Pfingstferien 2017 vorgesehen. Mit einigen Vorarbeiten kann bereits vorher begonnen werden. Eine Auslagerung von einzelnen Klassen wird nicht notwendig sein, so Herr Ruser. Da es sich um eine reine Sanierungsmaßnahme handelt sind Bauantrag, Statik und Brandschutznachweis nicht notwendig.

**Beschluss:** Der Gemeinderat stimmt dem von Architekt Thomas Ruser vorgestellten Sanierungsumfang zu. Die Verwaltung wird beauftragt den Förderantrag entsprechend abzufassen und bei der Regierung von Unterfranken einzureichen.

Als weitere Fachplaner werden die Energieagentur Unterfranken und das Büro Hüfner Consult entsprechend den vorliegenden Angeboten beauftragt.

**Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen                      einstimmig beschlossen**

## 3. Beratung über ein Nutzungs-/ Sanierungskonzept für das gemeindliche Anwesen Rhönstraße 18 (Gemeinschaftshaus) in Völkersleier

---

Das Anwesen in Völkersleier steht seit geraumer Zeit leer. Hier befinden sich zwei ehemalige Mietwohnungen und zwei Gemeinschaftsräume. Aufgrund des derzeitigen Zustandes des Gebäudes ist eine Nutzung derzeit nicht möglich. Um einem weiteren Verfall entgegenzuwirken ist daher eine Entscheidung über die künftige Nutzung notwendig.

Derzeit gibt es vom Freistaat Bayern eine Förderung für den sozialen Wohnungsbau. Es wäre daher denkbar hier Fördermittel zu beantragen, um die vorhandenen Wohnungen zu sanieren und anschließend wieder zu vermieten.

Nachdem sich der Gemeinderat vor der Sitzung vor Ort ein Bild von dem Anwesen gemacht hatte, ist man sich schnell einig darüber, dass jeglicher Sanierungsaufwand unrentabel ist. Auch als Mietobjekt sei das Anwesen gänzlich ungeeignet weil es weder über Stellplätze noch über einen Balkon oder eine Terrasse oder einen Garten verfügt. Dementsprechend unattraktiv sei das Objekt für potentielle Mieter.

Davon abgesehen sei eine Sanierung des im Boden steckenden Teils des Gebäudes ohnehin fast nicht machbar. Da eine Sanierung als keinen Sinn macht, man aber das Gebäude auch nicht weiter

dem Verfall Preis geben will, einigt sich der Gemeinderat darauf mittelfristig den Abriss des Gebäudes anzustreben.

Zwischen zeitlich wird noch kurz ein eventueller Verkauf diskutiert, allerdings wieder verworfen weil die Gemeinde hier keinen Einfluss mehr auf die weitere Entwicklung habe. Das Risiko sich hier im Ortskern eine weitere Problem-Immobilie zu schaffen sei einfach zu groß. In anderen Orten würden solche Immobilien gezielt von den Kommunen aufgekauft, um etwaige Missstände beseitigen zu können.

**Beschluss:** Der Gemeinderat beschließt, dass eine Sanierung oder Instandsetzung des Anwesens „Rhönstraße 18“ in Völkersleier für die Gemeinde unrentabel und deshalb nicht erstrebenswert ist. Aufgrund seiner zentralen Lage wird ein Verkauf des Gebäudes abgelehnt, da hier die weitere Entwicklung nicht mehr in der Hand der Gemeinde läge. Mittelfristig soll der Abriss des Gebäudes angestrebt werden.

**Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen** **einstimmig beschlossen**

#### **4. Antrag auf Änderung des Bebauungsplans "Zum Steinäcker II"; Herausnahme des Grundstücks FINr. 673/3, Gemarkung Waizenbach aus dem Geltungsbereich**

---

Das Grundstück FINr 673/3, Gemarkung Waizenbach wird derzeit landwirtschaftlich genutzt. Eine Teilfläche von ca. 850 qm liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Steinäcker II“. Im Hinblick auf die anstehende Kompletterschließung des Baugebietes würde die Fläche erschließungsbeitragspflichtig. Da die Eigentümerin nicht vorhat das Grundstück als Bauplatz zu nutzen, möchte Sie, dass der Bebauungsplan geändert wird und ihr Grundstück aus dem Geltungsbereich herausgenommen wird.

Hierfür ist ein Bauleitplanverfahren notwendig, welches dann zu Lasten der Antragstellerin durchgeführt werden müsse.

Für den Gemeinderat ist die Angelegenheit jedoch indiskutabel. Der Bebauungsplan sei seit über 10 Jahren in Kraft und im Zuge seiner Aufstellung hätte es mehrfach die Möglichkeit gegeben Einwände und Änderungsanträge vorzubringen. Dies sei damals nicht geschehen und der Bebauungsplan wurde rechtskräftig. Eine antragsgemäße Änderung des Bebauungsplans stünde angesichts der heutigen Ist-Situation außer Frage.

**Beschluss:** Der Gemeinderat bewilligt den Antrag der Grundstückseigentümerin des Grundstücks FINr. 673/3, Gemarkung Waizenbach auf Herausnahme ihres Grundstücks aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplans „Steinäcker II“.

Ein entsprechendes Bauleitplanverfahren ist einzuleiten. Die Kosten hierfür sind von der Antragstellerin zu tragen.

**Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen** **einstimmig abgelehnt**

#### **5. Einführung der offenen Ganztagschule an der Grundschule in Dittlofsroda**

---

Offene Ganztagsangebote haben sich in den weiterführenden Schularten sehr bewährt. Auch im Grund- bzw. Förderschulbereich zeichnete sich in den vergangenen Jahren eine deutliche Nachfrage nach offenen Ganztagsangeboten ab. Daher haben Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände

im Rahmen des „Ganztagsgipfels“ im März 2015 vereinbart, dass diese Angebotsform nun auch in den Jahrgangsstufen 1-4 eingeführt werden kann. Damit steht im Bereich der Grund- u. Förderschulen eine weitere Form der ganztägigen Bildung und Betreuung zur Verfügung – neben gebunden Ganztagschulen, Mittagsbetreuungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe (z.B. Horte).

Die offene Ganztagschule (OGS) an der Grundschule im Einzelnen:

- 1.) Gemeinsames Mittagessen
- 2.) Hausaufgabenbetreuung
- 3.) Freizeitgestaltung/Fördermöglichkeiten

Die (kostenfreie) Betreuung beginnt mit dem Ende der Unterrichtszeit und geht bis 16.00 Uhr von Montag bis Donnerstag. Kurzgruppen bis 14.00 Uhr sind möglich.

Wenn die Betreuung länger gehen soll, bis 17.00 Uhr oder auch am Freitag, dann werden Elternbeiträge erhoben oder der Zuschuss des Sachaufwandsträger steigt.

Derzeit werden die Kinder in der verlängerten Mittagsbetreuung (VMB) an der Grundschule in Dittlofsroda betreut. Mit Einführung der offenen Ganztagschule würden sich für Eltern, Schulleitung und Sachaufwandsträger (Gemeinde) folgende Änderungen ergeben:

#### **Für die Eltern/Schulleitung**

##### **OGS (Grundschule)**

Verbindliche Anmeldung für ein Schuljahr,  
Keine Abmeldung möglich

Abmeldung bei Krankheit nur über  
Schulleitung/Sekretariat

Betreuung Mo-Do kostenfrei (nur  
kostenpflichtiges Mittagessen)

Betreuung an 2,3, o.4 Tage buchbar  
Montag bis Donnerstag bis 16.00 Uhr  
(länger o. Freitag, zusätzlicher Elternbeitrag)

Anforderungen an das Qualifikationsprofil:  
Erzieherin als Gruppenleitung

##### **VMB**

Anmeldung für ein Schuljahr, kündbar  
4 Wochen zum Monatsende

Abmeldung bei Krankheit über  
Betreuungspersonal

Monatlicher Elternbeitrag (plus  
kostenpflichtiges Mittagessen)

Betreuung Mo bis Fr 2 Abhol-  
zeiten.

Formal keine Anforderung an das  
Qualifikationsprofil

#### **Für den Sachaufwandsträger:**

Fester Kostenersatz: 5.500,00 € pro Gruppe

Heimfahrt durch Busse muss gewährleistet  
sein

Zusätzliche Kosten für die Essensausgabe

Evtl. höhere Kosten für Material/Ausstattung  
für den Sachaufwandsträger

Kostenbeitrag laut Kalkulation,  
derzeit 17.070,00 € bei einer Gruppe

Heimfahrt durch Busse muss nicht  
gewährleistet sein

Essensausgabe wird vom bestehenden  
Personal getätigt

Material/Ausstattung durch den Sachauf-  
wandsträger

Eine Informationsveranstaltung zur Einführung der offenen Ganztagschule an der Grundschule in Dittlofsroda wird im Januar 2017 an der Schule stattfinden.

Ferner wird eine Elternbefragung Anfang nächsten Jahres zu diesem Thema durchgeführt.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat von Wartmannsroth beschließt die Einführung der offenen Ganztagschule an der Schule in Dittlofsroda. Sollte die Einführung von der

Elternschaft jedoch mehrheitlich keine Zustimmung finden, ist erneut vom Gemeinderat darüber zu beraten.

**Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen**

**einstimmig beschlossen**

**6. Antrag auf Erteilung einer Erstaufforstungserlaubnis für eine Christbaumkultur auf den Grundstücken FINr. 1601, 1601/2, 1602, und 1602/2, Gemarkung Schwärzelbach, Neuwirtshaus**

---

Die Erstaufforstung dient der Anlage einer Christbaumkultur. Dabei soll eine Fläche von 2,68 Hektar mit Nadelbäumen aufgeforstet werden.

Das Grundstück wurde bis dato landwirtschaftlich genutzt. Vom Vorbesitzer wurde hier widerrechtlich ein Zaun errichtet, der vor allem entlang der B27 Problem bereitet, da es nach Aussage des Jagdpächters durch den Zaun vermehrt zu Wildunfällen kommt.

Die Erstaufforstung an sich ist daher weniger problematisch, auch wenn die gewünschte Nutzung der Fläche nicht dem Flächennutzungsplan entspricht. Da aber zu erwarten ist, dass damit verbunden auch der Zaun nachträglich durch eine Baugenehmigung legitimiert werden soll, wäre bei einer Entscheidung über den Antrag auf die Umzäunungsproblematik hinzuweisen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat erteilt seine Zustimmung zum Antrag auf Erteilung einer Erstaufforstungserlaubnis für eine Christbaumkultur auf den Grundstücken FINr. 1601, 1601/2, 1602, und 1602/2, Gemarkung Schwärzelbach, Neuwirtshaus.

Für den Fall, dass die Kultur eingezäunt werden soll, wird jedoch auf die baurechtliche Genehmigungspflicht sowie die bestehende Problematik hinsichtlich der Wildunfälle hingewiesen. Dieses Problem sollte zwingend vor der Erteilung der Erlaubnis geklärt werden, da der Gemeinderat einer Umzäunung nach jetzigem Stand der Dinge nicht zustimmen würde.

**Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen**

**einstimmig beschlossen**

**7. Aufbau eines Information-Sicherheits-Management-Systems im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit im Landkreis Bad Kissingen**

---

Zur Erhöhung des IT-Sicherheitsniveaus in der bayerischen Verwaltung sollen Kommunen mit einer Förderung bei der Implementierung eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) unterstützt werden. Dieses dient der Entwicklung einer Schutzstrategie und der Umsetzung entsprechender Maßnahmen zur Sicherung der Verfügbarkeit, der Vertraulichkeit und der Integrität von IT-Systemen und Daten. Die Umsetzung soll bis 01.01.2018 erfolgen.

Das hierzu erforderliche Fachwissen kann von der Gemeinde selbst nicht zur Verfügung gestellt werden. Deshalb ist man auf die Unterstützung externer Dienstleister und des Landratsamtes angewiesen. Das Landratsamt hat nun auch angeboten bei der Dienstleisterauswahl und der anschließenden Durchführung des Projektes die Führung zu übernehmen, um somit eine landkreisweites Konzept zu ermöglichen. Die Kosten hierfür werden gefördert.

Die Ausgaben müssen unmittelbar im Zusammenhang mit der Implementierung bzw. Zertifizierung eines ISMS stehen, das die Mindestanforderungen an ein ISMS gemäß der Leitlinie für Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung des IT-Planungsrats abdeckt.

Förderfähige Ausgaben sind:

- Beratungsdienstleistungen bei der Implementierung
- Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen für Mitarbeiter
- Erstzertifizierung des Managementsystems zur Informationssicherheit

Förderfähig sind nur solche Leistungen, die von fachkundigen, lizenzierten IT-Dienstleistern bzw. Schulungsanbietern erfolgen. Von der Förderung ausgeschlossen sind Ausgaben für den Erwerb von Hard- und Software, Betriebskosten sowie technische und bauliche Schutzmaßnahmen.

Die organisatorische Abwicklung der Förderung erfolgt durch den Bayerischen IT-Sicherheitscluster e.V. Die Förderung erfolgt in Form einer Anteilsfinanzierung in Höhe von bis zu 50 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, maximal 15.000 EUR. Für eine Förderung müssen die Ausgaben mind. 2.500 EUR betragen

**Beschluss:**

Der Gemeinderat befürwortet den Aufbau eines Information-Sicherheits-Management-Systems im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit im Landkreis Bad Kissingen und genehmigt die hierfür entstehenden Kosten.

Die Verwaltung wird beauftragt einen entsprechenden Förderantrag zu stellen und dem Landratsamt eine entsprechende Kooperation zuzusagen.

**Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen**

**einstimmig beschlossen**

## **8. Verschiedenes**

---

Informationen des Bürgermeisters:

- Aufgrund deutlich höherer Kosten als zunächst prognostiziert und technischer Probleme muss die Einrichtung eines W-LAN Hotspots in Heiligkreuz nochmals überdacht und vorerst ausgesetzt werden.
- Mit Veröffentlichung der möglichen Trassenführungen für die Hochspannungsleitung SuedLink ist unser Gemeindegebiet mit einer möglichen Variante entlang der bestehenden Gastrasse betroffen. Die genaue Festlegung des Trassenverlaufs erfolgt erst nächstes Jahr nach Abschluss der Bürgerbeteiligungen. Die Gemeinderatsmitglieder werden auf entsprechende Veröffentlichungen im Internet hingewiesen.
- Da die Meinungen bezüglich des Stauwehrs in Windheim in der Ortsbevölkerung offensichtlich auseinandergehen, kündigt der Bürgermeister an, dieses Thema in der Bürgerversammlung anzusprechen.

---

Vorsitzender

---

Schriftführer

**Ende der öffentlichen Sitzung. Die Punkte 9 und 10 werden nicht öffentlich behandelt.**